

Die Europäische Union und Russland – eine schwierige Nachbarschaft

Hans-Georg Wieck

August 2007

Inhaltsverzeichnis

I. Die Europäische Union und die Russische Föderation - eine Nachbarschaft mit Augenmass ist vonnöten

1. Bedeutung und Probleme der Wirtschaftsbeziehungen
2. Die Mär von der Strategischen Partnerschaft
3. Russland zeigt den institutionellen Verknüpfungen die kalte Schulter

II. Die Russische Föderation und Europa im globalen System der Entscheidungs- und Machtzentren

1. Die transatlantischen Bindungen – das Fundament von Frieden und Wohlstand auf dem Prüfstand in der sich entfaltenden multipolaren Welt
 2. Europa und China – auf Kooperationskurs?
 3. Russland und Europa – eine schwierige Nachbarschaft

III. Perspektiven

1. Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union
2. Die Geltung der Europäischen Werte für Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft
3. Ein Neuanfang – nach den Präsidentschaftswahlen in Russland und den USA im Jahre 2008 sowie dem Inkrafttreten des neuen EU-Vertrags im Jahre 2009
4. Jugendprogramme – die Priorität Nr. 1

I. Die Europäische Union und die Russische Föderation – eine Nachbarschaft mit Augenmass ist vonnöten

1. Bedeutung und Probleme der Wirtschaftsbeziehungen

Nach den USA und China ist die Russische Föderation der wichtigste Wirtschaftspartner für die Europäische Union. Für Russland ist die Europäische Union der wichtigste Wirtschaftspartner, mit deren Mitgliedstaaten fast die Hälfte des russischen Außenhandels abgewickelt wird. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten auf der einen Seite und der Russischen Föderation auf der anderen Seite weisen jedoch Merkmale auf, die man als problematisch ansehen muss. Russlands Ausfuhren bestehen vor allem aus Gas- und Erdöllieferungen: Die Europäische Union bezieht 20 Prozent ihrer Ölimporte und 40 Prozent der Erdgaseinfuhren aus Russland. Der staatliche russische Einfluss auf die an diesen Lieferungen beteiligten russischen Unternehmen, vor allem auf GASPROM ist dominant. Die Lieferungen aus Europe erstrecken sich vor allem auf Kapitalgüter, Ausrüstungen, Fahrzeuge, als auf Leistungen, die im hohen Maße auf die Rechtssicherheit im Partnerland angewiesen sind, besonders dann, wenn Investitionen damit verbunden sind. Um diese Rechtssicherheit steht es nicht zum Besten. 60 Prozent der Auslandsinvestitionen in Russland kommen aus der Europäischen Union. Die Defizite in der Rechtssicherheit werden allenthalben beklagt.

Russland steht in der Rangliste der Partnerländer für deutsche Exporte im Jahre 2006 auf Rang 12 (23 Mrd. €), China auf Rang 11 (27,5 Mrd. €), Japan auf Rang 18 (13 Mrd. €) und die USA hinter Frankreich (86 Mrd. €) mit 76 Mrd. € auf Rang 2. Auch in das benachbarte Polen gehen mehr deutsche Exporte als nach Russland. Es ist gut, sich der Unterschiede in den Größenordnungen der Handelsströme mit Russland einerseits und den anderen wichtigsten Handelspartnern Deutschlands und Europas bewusst zu bleiben.

Man sollte meinen, dass beide Seiten angesichts ihrer starken wirtschaftlichen Verknüpfungen ein hohes Interesse an verlässlichen politischen Beziehungen und an der Ausgestaltung institutioneller Strukturen haben, in denen und mit denen Schwierigkeiten ausgeräumt und neue Felder der Kooperation ausgelotet werden können. Ein Mangel an Interesse mag nicht bestehen – aber die Ausgestaltung der vertraglichen, der institutionellen und der politischen Beziehungen gestaltet sich – aus der Sicht der letzten Jahre – außerordentlich schwierig. Sie ist rückläufig. Das für internationale Angelegenheiten in der Europäischen Kommission zuständige Kommissionsmitglied, Frau Benita Ferrero-Waldner, stellte im Oktober 2004 fest:

Ein demokratisches, stabiles und wirtschaftlich starkes Russland ist im ureigensten Interesse der Europäischen Union. Die Europäische Union muss gemeinsam mit Russland und mit Blick auf Russland handeln – aber auch Russland muss handeln. Erst dann kann die Rede davon sein, dass die Europäische Union eine strategische Partnerschaft unterhalten, von der beide Seiten profitieren.

2. Die Mär von der Strategischen Partnerschaft

Diese strategische Partnerschaft besteht auf dem Papier – beide Seiten haben aber offenbar in der Wahrnehmung der Realität und des Partners Europa bzw. Russland anderen Prioritäten. Das muss im Zeichen einer „Politik des neuen russischen Realismus“ deutlich gesagt werden, wenn man nicht den landesweiten und internationalen Gesichts- und Vertrauensverlust von Altbundeskanzler Gerhard Schröder erleiden will, der nicht nur bei seinen Begegnungen mit Wladimir Putin davon sprach, es mit einem „blütenreinen Demokraten“ zu tun zu haben – was

Putin gar nicht von sich selbst behauptete – und der das System der russischen Justiz als ein unabhängiges Justizwesens charakterisierte. In seiner Rede bei der Evangelischen Akademie in Bad Boll im Oktober 2006 - also nach seiner Amtszeit als Bundeskanzler - präziserte Gerhard Schröder die Bedeutung der strategischen Partnerschaft mit Russland aus seiner Sicht mit den folgenden Worten:

*Auch in der internationalen Politik spielt Russland eine wichtige, eine verlässliche Rolle. Auf Dauer ist ohne eine umfassende Verständigung mit Russland keine stabile Friedensordnung für unseren Kontinent denkbar. Auch die globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen vor allem im Nahen und Mittleren Osten lassen sich nur mit und nicht ohne Russland lösen.---
----- An die Stelle jahrzehntelangen antagonistischen Denkens und Handelns ist also das Bewusstsein gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Werte getreten. Und auf dieser Basis gilt es, die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland sowie zwischen der Europäischen Union und Russland zu vertiefen. Es ist meine feste Überzeugung: Europa braucht Russland und Russland braucht Europa“* Gerhard Schröder zitiert dann aus der im Deutschen Bundestag im Jahre 2001 von Putin gehaltenen Rede: *„Europa wird seinen Ruf als selbständiger Ort der Weltpolitik nur festigen, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den menschlichen, territorialen und natürlichen Ressourcen wie auch den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspotentialen Russlands vereinigen könne‘.* Gerhard Schröder fügt dann in Bad Boll hinzu: *Seine Vision ist die Rekonstruktion der Bedeutung Russlands auf gleicher Augenhöhe mit den USA. Und er weiß, dass er dieses Ziel nur in einer immer enger werdenden strategischen Partnerschaft zu Europa erreichen kann. Diese historische Chance muss Europa nutzen.*

Schröder meinte dann auch noch mit dem Hinweis auf die angeblich für Russland bestehende Alternative der eurasischen Verknüpfung Russlands mit China und Indien eine mögliche Abkehr Russlands von der politischen und wirtschaftlichen Nähe zu Europa in den Raum stellen zu müssen. Wer tiefer in das Beziehungsgeflecht China-Russland schaut, wird rasch die Grenzen der strategischen Perspektiven einer russisch-chinesischen Annäherung und Partnerschaft erkennen. Ähnliches gilt für Indien, das für die enge, die engstmögliche Zusammenarbeit mit den USA optiert hat. Es fehlt in der Lobpreisung einer russisch-deutschen bzw. russisch-europäischen „Vereinigung“ nur noch der Hinweis auf die Bemerkung des Moskauer-Interpreten im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Alexander Rahr, der bei einem Kolloquium der Clausewitz-Gesellschaft und der Sicherheitsakademie in Berlin im Frühjahr 2007 feststellte (zitiert nach EUROPÄISCHE SICHERHEIT 7/2007):

Wichtiger als der Versuch, Russland in das Rahmenwerk der neunziger Jahre zurückpressen zu wollen (KSE-Vertrag November 1990, Charta von Paris November 1990; Kooperations- und Partnerschaftsabkommen von 1997 zwischen der EU und der Russischen Föderation, Energie-Charta von 2001) wäre es, dem „Land ein neues, ein weitreichendes Angebot zur Partnerschaft zu unterbreiten, schon weil die EU auch weiterhin Gas und Öl aus Russland beziehen müsse. Warum kann man dem Produzentenland Russland nicht Zugeständnisse machen und eine neue Energiecharta entwerfen, in der die Interessen der Exportländer, Konsumenten und Transitländer gleichermaßen verteilt werden. Am Ende der erfolgreichen Aussöhnungspolitik des Wandels durch Verflechtung mit Moskau sollte „eine historische Vereinigung Russlands mit Europa“ stehen.

Hier sind die Worte Putins aus der Bundestagsrede von 2001, von Gerhard Schröder in Bad Boll (Oktober 2006) und die vom Auswärtige Amt so gerne verwendete Formel des „Wandels durch Verflechtung“ systemisch vereint und erscheinen uns am Himmel als eine Verheißung

für eine großartige Zukunft, der durch Energieabhängigkeiten und eine in der Tat weder kluge noch ausgewogene gegenwärtige amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik verdunkelt ist.

In dem Vokabular der zeitgenössischen Politologen die Vereinigung einer Scheindemokratie mit einer genuinen, der europäisch tradierten und nach den Kriterien des Europarats –weiter entwickelten Demokratie, an der die genuine Demokratie kaputt gehen muss wie bei der Mischung von faulen und von gutem Geld. In Deutschland schien es dafür vorübergehend – oder immer noch? - ein geneigtes Publikum zu geben – bis Angela Merkel die Sache wieder ins Lot brachte: Deutschland kann seine Interessen nach ihren Worten - in einer funktionierenden Europäischen Union wirksam und erfolgreich fördern, in einer Union, die auf eine fünfzigjährige Erfolgsgeschichte zurückblicken kann, eine Union der beizutreten, eine Reihe weiterer Staaten in Europa anstrebt, eine Union, die allein in der Lage ist, die partiell bestehende Abhängigkeiten von russischem Öl und Gas durch eine breit angelegte Energieversorgungsstrategie abzuschwächen und damit diese Abhängigkeit nicht zu einer politischen Falle werden lassen muss.

Ein politisches Links-Links-Regierungsbündnis in Berlin könnte den Versuch erneut unternehmen, eine russisch-europäische (sprich deutsche) Union gegen das kapitalistische und zur Dominanz-Konzeption neigende Amerika zu unternehmen.

Egon Bahr, der es eigentlich nie an großem Verständnis für Russlands Interessen mangeln lässt, bleibt in der Perspektive für eine deutsch-russische, eine europäisch-russische Annäherung zu Lasten der transatlantischen Beziehungen sehr viel zurückhaltender in seinem zusammen mit Walter Stütze und Hans Giessmann am 8. August 2007 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlichten außen- und sicherheitspolitischen „Manifest“ für die „Europäische Friedenspolitik im 21. Jahrhundert“. Das Manifest stellt einen Beitrag zur Diskussion des neuen SPD-Parteiprogramms dar.

Es heißt in seinem Dokument: *Die ihm (Europa) zugewachsene Verantwortung verlangt eine langfristige Politik der strategischen Partnerschaft des Zusammenwirkens mit Amerika und Russland, gegen konfrontative Entwicklungen und für kontrollierte Rüstungsbegrenzung und stabile gemeinsame Sicherheit in Europa.*

Über diese Forderung, über diese Vorstellung kann man und muss man diskutieren, nicht aber über die vom Altbundeskanzler Schröder angestrebte europäisch-russische (deutsch-russische) Vereinigung, um Moskau in die Lage zu versetzen, auf Augenhöhe mit Washington sprechen zu können.

Der von Gerhard Schröder entwickelte Plan eines vereinten russisch--europäischen Blocks – gestützt auf die Energieabhängigkeit Europas von Russland – findet in den anderen Teilen Europas – weder im alten noch im neuen Europa – weder Verständnis noch Unterstützung, und zwar aus guten Gründen. Im Gegenteil: Das Angebot der Europäischen Union an die neuen Nachbarstaaten zur Europäischen Union – im Osten Europas etwa Moldawien und die Ukraine - und rund um das Mittelmeer z.B. an Tunesien, Algerien und Marokko, konkrete Formen der Zusammenarbeit in der Gestaltung einer neuen Nachbarschaft zu entwickeln, stößt auf großes Interesse in den betroffenen Ländern selbst und innerhalb der Europäischen Union. Sie sehen darin auch für sich positive Perspektiven ihrer eigenen Entwicklung.

Eine Abstützung Deutschlands auf Russland zu Lasten der transatlantischen Bande würde zur Aushöhlung des europäischen Einigungsprozesses führen, weil sich andere Staaten in Europa

wieder stärker auf die USA abstützen würden und Europa erneut strategisch und politisch gespalten würde.

3. Russland zeigt den institutionellen Verknüpfungen die kalte Schulter

Es ist wohl so, dass die konzeptionellen Ansätze der Europäischen Union und des Nordatlantischen Bündnisse zur Entwicklung einer verlässlichen strategischen Partnerschaft mit Russland im heutigen Russland, das sich im Wohlstand der Öl- und Gas-Milliarden sonnt (wie lange mag das andauern), auf keine Gegenliebe mehr stoßen – weder die Energie-Charter, noch das Dokumente über „vier gemeinsame Räume der Zusammenarbeit“, noch der Gedanke der Erweiterung des in diesem Jahr auslaufenden und zur Erneuerung anstehenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA), allenfalls die Aufnahme in die weltweite Organisation WTO, die wohl nur mit europäischer und US-amerikanischer Unterstützung gelingen kann.

Die Interessenlage in Moskau – heute von dem ungewohnten Reichtum und dem sich daraus ableitenden neuen Realismus geprägt - mag sich ändern, der Wind in Moskau mag sich drehen. Darauf muss man hoffen. Die Wende lässt sich nicht mit gutem Zureden oder wie auch immer gearteten Konzessionen erkaufen bzw. herbeireden.

Die Europäische Union kann das sich in Scheindemokratie präsentierende Moskau nicht dazu zwingen, sich auf den Weg genuiner demokratischer Transformationen nach europäischen Standards zu gehen, das Rechtssystem aus der Abhängigkeit des Staates zu entlassen und damit verlässliche Voraussetzungen für direkte Industrie-Investitionen zu schaffen. Für die Mehrzahl der Staaten und Völker in Europa, die nicht oder noch nicht der Europäischen Union angehören, ist die innere Verfasstheit der Europäischen Union und die ihrer Mitgliedstaaten das einzig anziehende, vertrauenswürdige Zukunftsmodell in und für Europa in unserer Zeit, zumal es bereits ein großes Maß an Wirklichkeit besitzt. Das gilt auch für das „Modell“ und die „Wirklichkeit“ der sozial verankerten Marktwirtschaft. Bei einem Kolloquium der „Einheit für Russland“ in Düsseldorf kam es im Frühjahr 2007 zu einer Kontroverse zwischen dem russischen Wirtschaftsgelehrten Ruslan Grinberg und dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen sowie stellvertretendem Vorsitzender der CDU, Jürgen Rüttgers. Ruslan Grinberg, selbst ein Anhänger der sozialen Marktwirtschaft, wies auf Deutsche hin, die diese Verknüpfung mit der sozialen Dimension nicht mehr für wünschenswert oder realistisch erachteten wie es zu Zeiten ihrer Gestaltung in den fünfziger Jahren der Fall gewesen war. Jürgen Rüttgers räumte den Reformbedarf der sozialen Marktwirtschaft offen ein, hielt aber aus grundsätzlichen und praktischen Gründen uneingeschränkt an dem Prinzip der sozialen Verankerung der Marktwirtschaft – nach den heutigen Rahmenbedingungen geformt – fest und nannte sie unverzichtbar. In der Tat ist daran zu erinnern, dass in Europa radikalen politischen und fundamentalistischen Bewegungen gegen die demokratische Strukturen eines Landes erfolgreich nur durch eine glaubwürdige, als sozial verankerte und als solche auch praktizierte Marktwirtschaft begegnet werden kann.

Aber das Modell soll keinem Land oktroyiert werden – auch nicht Moskau.

Aber auch im Falle unterschiedlicher politischer Systeme ist der europäisch-russische, der deutsch-russische Handelsaustausch, für den es letzten Endes Schiedsverfahren zur Regelung von Streitigkeiten gibt, nicht in Frage gestellt. Es gibt Begrenzungen aus strategischer Sicht – dort wie hier, und es gibt Defizite – vor allem im russischen Rechtssystem.

Selbstverständlich stellt sich auch die Europäische Union vor seine Mitglieder, wenn sie wie es im Falle von Polen, Litauen und Estland geschehen ist- ohne Grund von Moskau unter massiven politischen und wirtschaftlichen Druck gesetzt werden. Manchem in Europa mag das eine neue Erfahrung sein. Sei's drum!

In den internationalen Gremien haben Russland und die Europäische Union wichtige Funktion bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten zu spielen. Die Traktandenliste ist sehr umfangreich. Die internationale Tagesordnung bringt Europa, die USA und Russland mit ihren drängenden, den Frieden und die Sicherheit gefährdenden Konflikten und Problemen immer wieder an einen Tisch. Man denke an den Kosovo, Darfur, Irak, den Nahen Osten, die nukleare Nichtverbreitung (Iran), den Klimaschutz (Nachfolge Kyoto-Protokoll), den internationalen Terrorismus in seinen vielfältigen Formen, und auch an den Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO). Das ist zu begrüßen und kann als Indikation für die Fähigkeit zum Konfliktmanagement außerhalb des eigenen "Machtbereichs" dienen. Aber wo sind die substanziellen und territorialen Grenzen des „von Moskau beanspruchten Machtbereichs? Auch da mangelt es an Spannungen nicht.

II. Die Russische Föderation und Europa im globalen System der Entscheidungs- und Machtzentren

1. Die transatlantischen Bindungen – Das Fundament von Frieden und Wohlstand auf dem Prüfstand in der sich entfaltenden multipolaren Welt

Die USA und die Europäische Union sind als transatlantische Partner durch historisch gewachsene demokratische und Menschenrecht bezogene Wertvorstellungen miteinander verbunden – auch wenn es, was gegenwärtig der Fall ist, politische, außenpolitische, ja auch völkerrechtliche Differenzen erheblichen Ausmaßes gibt. Die Dimension der beiderseitigen Kapitalverflechtung, des ununterbrochenen Stroms von Investitionen in beiden Richtungen, von Dienstleistungen und Warenströmen entzieht sich der menschlichen Vorstellungskraft. Der Handelsaustausch zwischen den USA und den Ländern der Europäischen Union liegt jährlich weit über 300 Mrd. € Die deutsche Ausfuhr in die USA übersteigt jährlich die Marke von 80 Mrd. € Mit den transatlantischen Beziehungen lässt sich globale Dominanz nicht vereinbaren, aber die Entwicklung dieser transatlantischen Beziehungen – mit zwei Polen wie in einem Ellipse sind für alle anderen Macht- und Entscheidungszentren im heutigen nicht antagonistischen Weltsystem Faktoren, die im eigenen Interesse nicht außer Acht gelassen werden können.

2. Europa und China – auf Kooperationskurs?

Europa und China verbinden die Geschichte, auch die kolonial vorgezeichnete und heute die gemeinsame Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung und das Zustandekommen von sicheren Rahmenbedingungen für die sich rasant entfaltenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen sowie den Aufbau eines prosperierenden China. Die Europäische Union fördert die Integration des chinesischen Potentials in die internationalen Rahmenbedingungen. Es fördert den Transformationsprozess von einem kommunistischen Unterdrückungssystem zu einem offenen rechtsstaatlichen System. Der jährliche Handelsaustausch liegt bei über 250 Mrd. €

3. Russland und die Europäische Union – eine schwierige Nachbarschaft

Vieles von dem Vorgesagten gilt auch für die Europäische Union und die Russische Föderation – jedoch mit dem kardinalen Unterschied, dass die Europäische Union und die Russische Föderation auch geographisch betrachtet Nachbarn sind – und eine gemeinsame, aber auch von Antagonismen mit gezeichnete Geschichte aufweisen, die schicksalhaft die Entwicklung der Völker und Kulturen in Europa geprägt hat und – unausgesprochen, aber im Unterbewusstsein durchaus vorhanden - weiter prägt. Bilaterale Beziehungen können nicht die dominanten Faktoren für die Entwicklung des Beziehungsgeflechts zwischen Russland und der Europäischen Union sein.

Nur zögernd nimmt die Russische Föderation das Rahmenwerk der Europäischen Union als dominante Größe in den Beziehungen mit den einzelnen Ländern in Europa an, deren Grundvertrag – die Römischen Verträge von 1957 der Entwicklung Europas eine neue Richtung gab, eine Richtung, deren Fundamente und Unumkehrbarkeit immer noch von vielen Beobachtern, u. a. auch in Moskau in Zweifel gezogen werden, z.B. angesichts der Spannungen in und zwischen einzelnen Mitgliedstaaten gegenüber den gewachsenen europäischen Strukturen.

Die geschichtliche Verknüpfungen zwischen Russland und den anderen Teilen Europas, die zivilisatorischen Brüche in dieser Geschichte, die diese Geschichte mit prägenden Antagonismen zwischen Rechtsstaatlichkeit und Diktatur haben mit dem Ende des Kalten Krieges und der Hinwendung Mittel- Ost- und Südosteuropas zur Europäischen Union eine neue Epoche eingeleitet. Viele Völker und Staaten streben die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an und sind auf dem Wege zu einer Form der liberalen Demokratie, zur Trennung der Staatsgewalten, zur Bildung der Rechtsstaatlichkeit und unabhängiger Gerichten sowie zur sozial verankerten Marktwirtschaft und der auch vor dem Gericht durchsetzbaren Geltung individueller Menschenrechte. In allen Teilen Europas verschieben sich die Gewichtungen von Staatlichkeit und Zivilgesellschaft zu- und miteinander. An die Charta von Paris vom November 1990 sei erinnert.

Bei der Umsetzung dieser von allen Regierungen in Europa anerkannten Rahmenbedingungen staatlicher und gesellschaftlicher Ordnung ist das mit den neuen Ost-West-Verträgen geschaffene neu geknüpfte Band des beiderseitigen Vertrauens immer dann gerissen, wenn ein Land, seine Führungsschicht, seine Eliten - oftmals rekrutiert aus den früheren Nomenklaturen - den Weg zur liberalen demokratischen Ordnung nicht gehen wollten, weil sie darin eine Form der Unterordnung unter eine westliche Vorherrschaft oder Bevormundung sahen und noch sehen. Das ist mit Sicherheit in Moskau und in Minsk geschehen. Die Verabredungen über Förderung des Transformationsprozesses, die Bereitstellung eigener demokratischer Erfahrungen werden in Moskau und Minsk als neue Form der Bevormundung ja der hegemonialen Vorherrschaft interpretiert und daher verworfen.

Selbstverständlich stehen die europäischen Demokratien und damit auch der Europarat, die OSZE und die Europäische Gemeinschaft zu den gemeinsam erarbeiteten und verabschiedeten Kriterien für demokratische Entwicklungen in Ost- und Südosteuropa. Sie werden jedem Land, das auf dem Wege der Transformation Beratung sucht, zur Seite stehen, auch den Zivilgesellschaften in Staaten, die unter einer oktroyierten autoritären Struktur leben müssen, in denen es keine Entfaltungsmöglichkeit für zivilgesellschaftlich verankerte Strukturen gibt. Der von den Pariser Übereinkommen im November 1990 geschaffene Rahmen für die Entwicklung des Gemeinsamen Hauses bleibt als Option auch dort bestehen,

wo dieser Weg derzeit nicht begangen werden kann, wie zum Beispiel in Moskau, Minsk und in den zentralasiatischen Republiken.

Strategische Partnerschaften, Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, gemeinsame Räume für Zusammenarbeit, ja Verträge über konventionelle Truppenstärken und deren Bewaffnung in Europa wurden – aus nichtigem oder wenig glaubwürdigem Anlass - mit einem Moskauer Federstrich zur Makulatur. Sie mögen fortbestehen, sind aber ihres Inhalts und ihrer Relevanz für die heutige und wahrscheinlich für die morgige Politik beraubt worden. Sie sind im Moskauer Alleingang durch einen vom so genannten nationalen Interesse oder von dem, was dafür und für die russische Form der demokratischen Ordnung gehalten wird, geprägten machtpolitischen Realismus ersetzt worden. Das müssen die Kanzleien in den anderen europäischen Hauptstädten zunächst einmal zur Kenntnis nehmen.

Das europäische Bekenntnis zur fortbestehenden Relevanz der verabredeten Kriterien auch für Osteuropa darf nicht zu einem Wunschdenken hinsichtlich des tatsächlich in Moskau eingeschlagenen innenpolitischen Kurses führen, der vielleicht, ja wahrscheinlich auf die russische Außen- und Sicherheitspolitik durchschlagen wird.

Die gemeinsam erarbeiteten und verabschiedeten Grundlagen für das auf gemeinsamen Werten beruhende Gemeinsame Haus Europa aus dem Jahre 1990 verloren bald nach der Verabschiedung der Dokumente in Teilen Europas ihre Ausstrahlung. Der geostrategische Rahmen der Vereinbarungen vom November 1990 wurde mit der Implosion der Sowjetunion im Herbst 1991 und mit der Implosion Jugoslawiens im Frühjahr 1992 objektiv und in der subjektiven Wahrnehmung der politischen Öffentlichkeit und der handelnden Personen in Moskau sehr stark verändert. Das blieb nicht ohne Folgen für den demokratischen Transformationsprozess in Osteuropa. Die einen sprachen vom Sieg des Westens über das kommunistische Weltsystem und die Sowjetunion, die anderen von einer Tragödie, die anschließend vom Westen geostrategisch zur Ausweitung der NATO und der Europäischen Union genutzt wurde.

Das Bemühen, dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, wurde zur neuen außen- und sicherheitspolitischen Doktrin Moskaus.

Deshalb leitete Moskau nach dem Abgang von Jeltsin im Jahre 1999 und unter Nutzung des unerwarteten Reichtums auf Grund erhöhter Weltmarktpreise für Öl und Erdgas eine „Politik des neuen russischen Realismus“ ein, die zur Abwertung der institutionellen Bindungen Russlands

- an die Europäische Union (Partnerschafts- und Kooperationsvertrag, Nichtratifizierung der Energie-Charter, die mit der EU ausgehandelt worden war),
- an die NATO (Suspendierung des Vertrags über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa KSE – zwischen dem Ural und der Atlantikküste als Reaktion auf die Bereitschaft Europas im Ganzen oder einzelner Länder in Europa, ihr Territorium für das noch umstrittene US-Antiraketensystem zur Verfügung zu stellen, das eine Abwehr gegen iranische Raketen darstellen soll) und
- an die OSZE (Ablehnung der von der OSZE organisierten internationalen Wahlbeobachtung in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

führte.

Die hier diagnostizierte „Politik des Neuen russischen Realismus“ darf man nicht in einem Atemzuge mit der im Jahre 1990 vereinbarten gemeinsamen europäischen Werteordnung zum Bau des gemeinsamen Hauses Europa erwähnen. „Der Neue russische Realismus“ stellt die Abkehr vom „Gemeinsamen Haus Europas auf der Grundlage demokratischer Wertvorstellungen“ dar.

Den autoritären Regimes in der Nachfolge der Sowjetunion muss daher, auch wenn sie für sich deklamatorisch den Vollzug der demokratischen Transformation in Anspruch nehmen, die internationale Anerkennung als demokratisch verfassten Staaten vorenthalten werden. Nicht die Textanalyse von Wahl- und anderen Gesetzes ist entscheidend, sondern die Anwendung in der Realität.

Neben den üblichen Wahlmanipulationen und der Revision der Parteien- und Wahlgesetzgebung zugunsten offiziell gewünschter Parteikonstellationen fallen dabei vor allem die Einschränkungen ins Gewicht, die den Nichtregierungsorganisationen in Russland und ihrer internationalen Zusammenarbeit – von der Situation in Belarus ganz zu schweigen – auferlegt werden

Gestützt auf den gefüllten Geldbeutel betreibt Moskau auf der internationalen Bühne ungeniert Machtpolitik und nutzt die wieder gewonnene autoritäre Handlungsfreiheit im Inland zur Konsolidierung der Macht des Kremls. Nur bleibt es beim Kampf um die Nachfolge Putins nicht ohne Blessuren. Wladimir Putin selbst wird in Veröffentlichungen in kritischer Weise präsentiert Beobachter sehen darin eine Form des Machtkampfes um die Nachfolge.

Moskau hat sich von der im Jahr 1998 unterzeichneten Energie-Charter EU-Russland getrennt und betreibt - gestützt auf die enge Verflechtung von Staat und Energiewirtschaft in Russland - den Aufbau eines europaweiten Erdgas- und Erdölnetzwerkes durch Verträge seines staatlichen GAZPROM Unternehmens und entsprechender Ölgesellschaften mit marktwirtschaftlich verankerten Energiekonzernen in Europa.

Moskau kündigte Verträge mit westlichen Unternehmen über die gemeinsame Entwicklung der Erdgasvorkommen im Nordmeer (Stockmann-Feld) und von Ölfeldern im Fernen Osten und wacht darüber, dass ausländisches Kapital nicht in strategisch als wichtig angesehenen Industriebereichen tätig wird. In letzter Minute wurde ein SIEMENS Engagement in der Elektroindustrie verhindert. Im Streitfall wird Transitländern der Öl- und Gashahn abgedreht – unabhängig von den Folgen für den Endabnehmer.

Das im Jahre 2005 zwischen der Europäischen Union und Moskau auf Gipfelebene unterzeichnete „Dokument über die Vier Räume“ (gemeinsamer Wirtschaftsraum, gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Rechtsprechung, Gemeinsamer Raum der äußeren Sicherheit und der gemeinsame Raum der wissenschaftlichen Forschung, der Bildung und der kulturellen Zusammenarbeit) ohne Folgen geblieben.

Die schon in Aussicht genommenen Verhandlungen über ein neues Kooperations- und Partnerschaftsabkommen sind wegen eines polnisch-russischen Streits über Fleischexporte nach Russland auf Eis gelegt – bleiben sie dort bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag?

Die gegenwärtigen Manifestationen des neuen russischen Selbstbewusstseins und des staatlichen Wirtschaftsdirigismus tragen nicht zur internationalen Vertrauensbildung für das „neue Russland“ bei. Es mag sein, dass ein Zusammenhang der gegenwärtig in Moskau

dominierenden Denkungsweise mit den bevorstehenden Parlamentswahlen im Dezember 2007 und den Wahlen für das Amt des Präsidenten im Frühjahr 2008 und schließlich auch mit den Präsidentschaftswahlen in den USA – dem eigentlichen Kontrahenten russischer Großmachtpolitik unserer Tage - im November 2008 besteht.

Geduld scheint daher angesagt zu sein – eine Denkpause auch, wie wir sie in einem anderen Zusammenhang nach dem Scheitern des europäischen Verfassungsentwurfs erlebt hatten.

Wie in den Wirtschaftsbeziehungen können bei den institutionellen Fragen pragmatische Lösungen, sachlich ausgehandelte Kompromisse, gesucht werden, ohne die offenen Strukturfragen des europäischen Beziehungsgeflechts mit Russland damit lösen zu wollen.

III. Perspektiven

1. Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union

Für die Gestaltung einer produktiven Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation ist die Verabschiedung und Umsetzung des im Sommer 2007 beschlossenen neuen EU-Vertrags im Jahre 2009 von entscheidender Bedeutung. Die Europaverträglichkeit nationaler Entscheidungen muss wieder zu einem entscheidenden Kriterium der internationalen Politik der Mitgliedstaaten werden – gerade im Verhältnis zur Russischen Föderation. Die europäische Handlungsfähigkeit zu stärken, liegt im Interesse jedes einzelnen Mitgliedstaates der Europäischen Union. Die Europäische Union und die Russische Föderation sind schwierige Partner. Es wäre kontraproduzent, das zu leugnen. Es wäre falsch, in einer solchen Situation die Segel zu streichen. Eine Denkpause ist dennoch angezeigt, um nicht nur ausgetretene Pfade immer und immer wieder zu betreten, die im Dickicht ungelöster Probleme oder mitgeschleppter Vorurteile enden.

2. Die Geltung der Europäischen Werte für Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft

Die in der Charta von Paris und bei anderer Gelegenheit vereinbarten Grundsätze der gemeinsamen Werteordnung, die in der Europäischen Union uneingeschränkt gelten, gelten auch für die Neue Nachbarschaftspolitik in Osteuropa und im Mittelmeerraum ein wichtiger Faktor. Hier wie im Verhältnis zu Russland spielen diese Demokratiewerte eine besondere Rolle bei den vielfältig zu fördernden Kontakten unsere eigenen Zivilgesellschaften zu denen der in Frage stehenden Länder. Dieser Dimension gesellschaftlicher Entfaltung kommt eine größere Bedeutung zu, als ihr gegenwärtig beigemessen wird. Öffentliche und Private Stiftungen sind gefordert und sind zu fördern – in ungleich größerem Masse als bisher.

3. Ein Neuanfang – nach den Präsidentschaftswahlen in den USA und Russland im Jahre 2008 und dem Inkrafttreten des neuen EU-Vertrags im Jahre 2009

Nach den Präsidentschaftswahlen in Russland und in den Vereinigten Staaten im Jahre 2008 und nach der Umsetzung des Europa-Vertrags der Europäischen Union im Jahre 2009 müssen Initiativen unter Einbeziehung der Krisenregionen zur Eindämmung der Krisen unternommen werden, um militärisch-politische Flächenbrände zu verhindern und das internationale Krisenmanagement wieder effizient zu machen. Der internationale Unilateralismus der letzten Jahre hat sich als ungeeignet zum internationalen Krisenmanagement erwiesen.

4. Jugendprogramme – Priorität Nr. 1

Zu allen Zeiten lagen die Hoffnungen auf der Jugend. Das ist auch heute der Fall. Für sie sollten die Grenzen geöffnet und nichtstaatliche Begegnungs- sowie Ausbildungs-, also Lernprogramme kürzerer und längerer Dauer in allen Teilen Europas in sehr viel größerem Umfang in die Wege geleitet werden, als das heute der Fall ist. Hier wird nicht dem jugendlichen Massentourismus das Wort geredet. Aufgaben orientiertes Engagement kleiner Gruppen auf jeweils beiden Seiten ist gefordert.

Europa und Russland erfreuen sich gegenwärtig eines beachtlichen wirtschaftlichen Wachstums. Jugendprogramme können und müssen finanziert werden - aus den öffentlichen Haushalten und von den Stiftungen. In einigen Ländern werden gegenwärtig schon vereinbarte Jugendprogramme blockiert.

Berlin, August 2007

Hans-Georg Wieck